

# Stadtvertretung der Landeshauptstadt

## Schwerin

Datum: 2014-10-28

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/  
Ortsbeiräte  
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE  
Telefon:

### Antrag Drucksache Nr.

00139/2014

**öffentlich**

### Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

### Betreff

Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung durch TTIP und CETA verhindern

### Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung teilt die Bedenken des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg Vorpommern bezüglich der mit TTIP verbundenen, möglichen Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung.

Der Stadtpräsident wird gebeten, dies insbesondere gegenüber den für Mecklenburg Vorpommern zuständigen Abgeordneten des Europäischen Parlamentes in geeigneter Form deutlich zu machen.

### Begründung

Der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg - Vorpommern zeigte sich bereits im Januar 2014 sehr besorgt über den Inhalt der geplanten Regelungen, die mit dem Abschluss des Abkommens bezüglich der kommunalen Daseinsvorsorge, der kommunalen Organisationshoheit sowie des öffentlichen Beschaffungswesen einhergehen könnten. Im Oktober 2014 wurde dies durch ein gemeinsames Positionspapier von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag, Deutschem Städte- und Gemeindebund und dem Verband kommunaler Unternehmen erneut untersetzt.

Der Städte- und Gemeindetag begründet die kommunale Betroffenheit unter anderem mit dem verbreiteten Interesse an einer weitgehenden Liberalisierung und Privatisierung von gesellschaftlich notwendigen Gütern, wie Wasser, Bildung und Gesundheit. Im Zuge einer Umsetzung von TTIP wird daher befürchtet, dass Regelungen auf den Weg gebracht werden, die Privatisierungen in diesem Bereich forcieren. Die profitorientierte Vermarktung z.B. von Leistungen der Daseinsvorsorge berge daher die Gefahr von Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und einer Auszehrung der kommunalen Infrastruktur.

Bei einer Liberalisierung und der damit verpflichtenden völligen Gleichbehandlung von in-

und ausländischen Bietern könnten nach Auffassung des Städte- und Gemeindetages Aspekte wie Unterstützung der lokalen/regionalen Wirtschaft oder soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Mitglieder der Stadtvertretung sollten sich der Auffassung der kommunalen Spitzenverbände anschließen. Sie sollten durch entsprechende Beschlussfassung insbesondere gegenüber den gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlamentes mit Zuständigkeit für Mecklenburg Vorpommern darauf drängen, zumindest die Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Beschaffung, aus den Verhandlungen herauszunehmen.

**über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr**

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

**Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:**

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

**Anlagen:**

keine

gez. Henning Foerster  
Fraktionsvorsitzender